

Windenergie in der Flaute

G.N. 5.9.19

Umwelt- und Branchenverbände fordern klare Vorgaben für den Ausbau

Von Frank-Thomas Wenzel

Frankfurt. Wieder ein Gipfel in Berlin: Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) lädt für den heutigen Donnerstag Vertreter der Windenergiebranche, der Naturschutzverbände und der Bundesländer zu einem Krisengespräch. Wir erläutern, warum der Ausbau mit modernen Windmühlen eingebrochen ist und wie er wieder in Gang gesetzt werden kann.

■ Warum braucht es einen Windenergiegipfel?

Die Anlagen werden dringend benötigt, um das von der Bundesregierung gesetzte Klimaschutzziel für das Jahr 2030 zu erreichen: 55 Prozent weniger Kohlendioxid ausstoß im Vergleich zu 1990. Deshalb soll der Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung bis 2030 auf 65 Prozent gesteigert werden. Derzeit sind es noch weniger als 50 Prozent. Setzt sich die aktuelle Entwicklung weiter fort, sind die Ziele nicht erreichbar. Die Produktion der elektrischen Energie ist der größte Einzelposten bei den CO₂-Emissionen, und die

Windenergie ist das neue Rückgrat der Stromversorgung.

■ Wer ist für die Versäumnisse verantwortlich?

Die aktuelle und die vorherige Bundesregierung. Zwar wurden Klimaziele definiert. Doch bei der Umsetzung wurden Fehler gemacht. So war schon vor mehr als zwei Jahren erkennbar, dass es bei der Windenergie eng wird. Nun erst will Altmaier mit dem Gipfel versuchen, den Ausbau wieder flottzumachen.

■ Wie sieht die aktuelle Lage aus?

Bei der jüngsten Ausschreibung für Windräder an Land konnte die zuständige Bundesnetzagentur lediglich Zuschläge für Anlagen mit einer Gesamtleistung von 208 Megawatt vergeben. Geplant waren eigentlich 650 Megawatt. Der Bundesverband Windenergie (BWE) rechnet damit, dass dieses Jahr insgesamt nur 1500 Megawatt hinzukommen (das ist etwas mehr als die Leistung eines Atomkraftwerks). Die Bundesregierung hat als Ziel eigentlich 2800 Megawatt jährlich vorgegeben.

Doch die Hochrechnungen der Denkfabrik Agora Energiewende und vieler anderer Experten gehen davon aus, dass es jährlich mindestens 4000 Megawatt sein müssen, um das 2030er Ziel zu erreichen.

■ Warum kommt die Windbranche nicht hinterher?

In den vergangenen zwei Jahren wurden Flächen zum Aufstellen von Windrädern immer knapper. Zudem ziehen sich Genehmigungsverfahren in die Länge. Ferner laufen viele Klageverfahren gegen bereits genehmigte Windparks. Und schließlich werden Projekte verhindert, weil hierzulande extrem große Abstände zu den UKW-Navigationsanlagen für die Luftfahrt gelten.

■ Wer muss sich bewegen, um aus der Sackgasse herauszukommen?

Eine zentrale Rolle spielt die Bundesregierung, die als Koordinator fungieren muss. Die Landesregierungen müssen ihre Flächenplanungen so umstricken, dass ausreichend Platz für Windräder reserviert wird. Kom-

munen, Landkreise und Behörden müssten schneller genehmigen.

■ Was ist das Haupthindernis?

Der Naturschutz. Häufig sind die Behörden überfordert. Deshalb haben jetzt Umwelt- und Branchenverbände in einem Zehn-Punkte-Programm gefordert, „einheitliche, klare, praktikable Vorgaben“ zum Artenschutz zu erarbeiten. Es müssten Daten zu Vorkommen und Beständen „systematisch erfasst und verfügbar gemacht werden“ – es geht vor allem um bedrohte Vogelarten. Außerdem soll klargestellt werden, dass für Windenergieanlagen ein „überwiegendes Interesse“ besteht, was Ausnahmen vom Artenschutz rechtfertige.

■ Was passiert, wenn die Ziele nicht erreicht werden?

Dann muss Deutschland in einigen Jahren eventuell viele Milliarden aufwenden, um von anderen EU-Staaten Emissionsrechte zu kaufen. Nach Agora-Berechnungen könnte die Summe bei bis zu 60 Milliarden Euro liegen.